



BürgerInneninitiative gegen ein Bordell in Marburg

WELT ONLINE

Prostituierte sollen Hotels von EU-Abgeordneten nicht betreten

Von Christoph B. Schiltz 15. Oktober 2008, 03:02 Uhr

Parlamentarier fordern Aktionsplan von Pöttering

Brüssel - Der Brief erreichte Hans-Gert Pöttering im elften Stock des Europäischen Parlaments per Hauspost. Das weiße Briefcouvert wirkte unscheinbar, aber der Inhalt hatte es in sich. Es ging um Sex, Huren und die Würde des Hohen Hauses. 37 EU-Abgeordnete forderten Parlamentspräsident Pöttering auf, die Förderung der Prostitution durch die europäischen Volksvertreter einzudämmen. Konkret verlangten die Abgeordneten von jedem Hotel, in dem die 785 EU-Parlamentarier und ihre Mitarbeiter bei Dienstreisen auf Kosten der Steuerzahler wohnen, eine Garantierklärung, die den Besuch von Prostituierten auf den Zimmern ausschließt. Außerdem soll den Mitarbeitern des Parlaments untersagt werden, Prostituierte in ihren Hotels zu empfangen. "Es wird immer klarer, dass die Prostitution für die Betroffenen schädlich ist und im organisierten Verbrechen eine Rolle spielt", heißt es in dem Schreiben, das der WELT vorliegt. Das war vor drei Wochen. Seitdem ringt Pöttering, ein frommer Katholik aus dem niedersächsischen Bad Iburg, um eine Antwort.

Die Briefschreiber haben vor allem die Hotels in Straßburg im Visier. Dort arbeiten die Parlamentarier regelmäßig für jeweils eine Woche im Monat. Prostitution ist in Frankreich zwar verboten, aber das stört kaum jemanden. "Ich habe es im Hotel selbst erlebt. Man darf das nicht unterstützen. Die Würde des Parlaments wird dadurch beschädigt", sagt die schwedische Abgeordnete Charlotte Cederschiöld, die der konservativen Mehrheitsfraktion EVP angehört. Sie verweist darauf, dass sich die Volksvertreter aus beruflichen Gründen in Straßburg aufhalten: "Sie sollen sich benehmen". Schätzungen über die Nutzung von Prostituierten-Diensten während der Straßburger Parlaments-Wochen liegen Cederschiöld nicht vor.

"Das ist auch sehr schwer zu messen", sagt Isabelle Collot, Sozialarbeiterin bei der Straßburger Beratungsstelle für Prostituierte 'Le Nid'. Sie berichtet, dass die Gäste aus Brüssel an Straßenprostitution nicht interessiert seien. "Die Abgeordneten bevorzugen Eskortdamen, Callgirls mit hohem Niveau. Sie finden kleine Anzeigen und rufen dann an."

"Die meisten Prostituierten arbeiten gar nicht freiwillig in ihrem Job", sagt die Abgeordnete Cederschiöld. Der Manager eines großen Straßburger Hotels stellt klar: "Wir haben keine Nachfrage nach käuflichem Sex. Weil unsere Kunden nicht danach fragen, bieten wir ihn auch nicht an."

Für Parlamentspräsident Pöttering ist die Angelegenheit knifflig. Seine Kollegen fordern einen konkreten Aktionsplan. Doch eine "Garantieerklärung" für saubere Hotels ist nur schwer umzusetzen. Wer will die Hotels kontrollieren? Außerdem sind in der kleinen französischen Stadt Straßburg alle Herbergen während der Parlamentswochen ausgebucht, jedes Bett wird gebraucht - und niemand kann sich erlauben, Hotels ohne "Garantieerklärung" auf eine schwarze Liste zu setzen.

Die Unterzeichner des Briefes stammen ohne Ausnahme aus den nordischen EU-Ländern. Sie gehören ganz unterschiedlichen Fraktionen an, das Spektrum reicht von konservativ bis sozialistisch. Unter ihnen ist auch Poul Nyrup Rasmussen, ehemaliger dänischer Ministerpräsident und heute Vorsitzender der europäischen Sozialisten. Die Abgeordneten berufen sich auf eine Erklärung des Nordischen Rates, eine grenzüberschreitende Parlamentarier-Versammlung der skandinavischen Staaten, aus dem Jahr 2006. Laut Erklärung sollen Mitglieder des Nordischen Rates nur solche Hotels nutzen, "die garantieren, dass sie nichts mit sexuellen Geschäften zu tun haben und dass die Mitarbeiter diesbezüglich klare Verhaltensregeln haben".

Den EU-Abgeordneten aus Skandinavien geht es nicht um "symbolische Gesten". Sie wollen, dass Pöttering schnell handelt.